

Rede von Minister Dr. Bayaz, dritte Lesung Haushalt 2022

am 22.12.2021

- Es gilt das gesprochene Wort -



Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR FINANZEN

Frau Präsidentin,

liebe Kolleginnen und Kollegen,

im November hatte ich bei der Einbringung des Haushaltsentwurfes gesagt, dass die einzige Gewissheit in dieser Pandemie die Ungewissheit ist.

Leider hat sich das binnen kürzester Zeit bestätigt.

Damals waren knapp 14% unserer Intensivbetten mit Covid-Patienten belegt. Heute sind es fast doppelt so viele.

Die 7-Tage-Inzidenz lag im November bei über 200, das Infektionsgeschehen war sehr dynamisch.

Anfang Dezember erreichte die 4. Welle mit Inzidenzen von weit über 500 ihren bisherigen Höhepunkt bei uns im Südwesten.

Aktuell sinken die Zahlen zwar wieder. Doch wir sollten uns von dieser Entwicklung nicht täuschen lassen.

Die eigentliche Welle der Omikron- Variante wird für Anfang Januar erwartet. Und von dieser neuen Varianten wissen wir noch nicht

wie ansteckend sie ist

wie schwer die Krankheitsverläufe sind

wie gut der Impfschutz gegen diese Variante ist.

Alles, was ich darüber lese, das lässt mich jedenfalls nicht gerade ruhig schlafen.

Noch im Herbst hatten wir die Hoffnung auf eine halbwegs normale Weihnachtszeit. Leider wurde diese Hoffnung enttäuscht und die Pandemie hat uns zu strikten Einschränkungen gezwungen.

Vor ein paar Monaten waren viele beim Thema Impfpflicht noch ablehnend.

Mittlerweile wünscht die Mehrheit der Menschen eine Impfpflicht. Und sie wurde bereits für erste Berufsgruppen beschlossen.

Auch aus meiner Sicht ist die allgemeine Impfpflicht für Erwachsene der einzige Weg, um endgültig diese Pandemie zu überwinden - und übrigens auch, um unsere öffentlichen Haushalte nicht dauerhaft so massiv zu belasten. Denn das sind ja auch Gelder, die uns dann an anderer Stelle für wichtige Aufgaben fehlen.

Ich finde es nicht verwerflich, dass Politikerinnen und Politiker bei der Impfpflicht ihre Meinung geändert haben.

Das macht doch unsere Demokratie gerade aus: Wenn sich die Fakten ändern, auch seine politische Meinung zu ändern. Ich finde, das ist kein Umfallen, sondern das ist ein Zeichen von Stärke und von Souveränität, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir haben diesen Haushalt in einer Krisenzeit aufstellen müssen, in der vieles nicht planbar ist.

Der Haushalt ist immer noch stark von der Pandemie geprägt.

Der Haushalt weist aber auch Wege in eine gute, in eine bessere Zukunft unseres Landes:

1. Er wappnet sich gegen die weiter vorhandenen Corona-Risiken.
2. Er beinhaltet wichtige Zukunftsinvestitionen.
3. Und trotz der Pandemie machen wir im neuen Jahr keine neuen Schulden, wir tilgen sogar welche.

Es ist ein vorausschauender und nachhaltiger Haushalt in einer schwierigen Zeit.

Wir befinden uns mitten in der vierten Welle.

Damit wir weiter schnell und flexibel auf die pandemische Lage reagieren können, erhöhen wir mit diesem Haushalt unsere Risikovorsorge deutlich.

Wir nutzen dazu Rückflüsse aus dem Beteiligungsfonds, geben aber auch reguläre Steuereinnahmen in die Vorsorge.

Es gibt dabei einen wichtigen Unterschied zu dem, was gerade auf Bundesebene passiert: Anders als wir es machen, nutzt die neue Bundesregierung die bestehenden Kreditlinien nicht nur für Corona-Risiken. Der Bund widmet die Gelder für Zwecke der Transformation um.

Der neue Bundesfinanzminister, Christian Lindner, führt vorhandene Kreditermächtigungen in der Größenordnung unseres gesamten Landeshaushalts in ein Sondervermögen über.

Ich kann das übrigens ganz gut nachvollziehen. Denn dringend notwendige Investitionen in Klimaschutz und Digitalisierung wurden im Bund in den vergangenen Jahren - auch wegen der Pandemie - vernachlässigt. Das will die neue Bundesregierung jetzt nachholen. Ob dies rechtlich der richtige Weg ist, kann ich hier und heute nicht beurteilen, inhaltlich ist das Vorgehen aber nachvollziehbar.

In Regierungsverantwortung hat Christian Lindner also erkannt, dass in der Pandemie, in dieser Jahrhundertkrise, große Notwendigkeiten bestehen - und jetzt stellt er sich dieser Verantwortung für das Land - und ich finde: Das verdient Respekt.

Was weniger Respekt verdient, ist Folgendes: Wenn man beim Manöver von Herrn Lindner in Berlin beide Augen ganz fest und ganz großzügig zudrückt und dann hier im Land großspurig von Taschenspieler-Tricks spricht.

Herr Dr. Rülke, zwischen Heiligkeit und Scheinheiligkeit besteht manchmal ein sehr, sehr schmaler Grat.

Und wenn Sie jetzt konsequent wären, dann müssten Sie ihrem Bundesvorsitzenden in wenigen Wochen beim liberalen Dreikönigstreffen mal so ordentlich die Leviten lesen, so wie Sie es gerne hier im Landtag machen. Und wenn Sie das nicht tun, dann würde ich Ihnen mit Blick auf unseren Haushalt raten: Einfach mal den Ball etwas flacher zu halten!

Als wir uns im Finanzministerium an die Arbeit für diesen Haushalt gemacht haben, habe ich das vor allem aus der Perspektive eines Risikomanagers heraus gemacht. Als Landesregierung sorgen wir mit zusätzlichen Rücklagezuführung für konkrete Corona-Risiken vor.

Stand heute, 22. Dezember 2021, gehe ich davon aus, dass diese Rücklage auch reichen wird. Aber leider wissen wir noch zu wenig über Omikron. Und diese Unsicherheit, dieses Risiko, wird uns noch weiter begleiten, auch das gehört zur Wahrheit dazu.

Heute wissen wir, dass wir mindestens drei Impfungen brauchen, um bestmöglichen Schutz vor dem Virus zu haben.

Und leider gibt es noch immer zu viele Menschen, die gar keine Impfung haben.

Wir werden also auch im nächsten Jahr Geld für unsere Impfkampagne und die mobilen Impfteams brauchen. Alleine in den letzten vier Wochen haben wir dafür rd. 100 Mio. Euro in die Hand genommen.

Wir werden auch weiter unsere Kliniken und Krankenhäuser und den Öffentlichen Nahverkehr mit einem weiteren Rettungsschirm zusätzlich stützen müssen, dafür haben wir auch Vorsorge getroffen.

Und: Wir werden auch weiter unsere Kinder und die Beschäftigten in den Schulen und Kitas testen müssen. Angesichts von Omikron wäre alles andere unverantwortlich.

Auch dafür benötigen wir Haushaltsmittel.

Und dafür treffen wir Vorsorge und stärken die Rücklage in Summe mit über 1,5 Milliarden Euro.

Und wir machen das, um die Menschen im Land weiterhin so gut es geht vor Covid zu schützen und die Folgen der Pandemie abzufedern.

Und dazu gehört auch, dass wir als Landesregierung die Hilfen für Unternehmen bis ins kommende Jahr verlängert haben.

Wir haben die Unterstützungsmaßnahmen bis in den März 2022 verlängert.

Das gilt auch für die steuerlichen Corona-Erleichterungen.

Und auch die Bundesregierung hat die laufenden Corona-Hilfen verlängert.

Das ist angesichts der vierten Welle nur richtig.

Aber auch hierfür brauchen wir erhebliche Landesmittel für die Ko-Finanzierung und für Verwaltungskosten. Und auch dafür treffen wir mit dem aktuellen Haushalt Vorsorge, so wie es ein guter Risiko-Manager eben auch macht, liebe Kolleginnen und Kollegen

Lassen Sie mich an der Stelle nochmals ausdrücklich sagen: Wir sitzen nicht auf Geld rum, werte Kolleginnen und Kollegen. Denn: Jede Maßnahme, die geplant wird, muss mit Mitteln oder mit Kreditermächtigungen hinterlegt werden. Das ist ein Grundprinzip unseres Haushalts.

Und wir stellen uns auf Risiken ein. Das ist vorausschauende Haushaltsplanung. Risiken müssen so gut es geht abgesichert sein. Und bei dem Kurs bleiben wir auch, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Vielleicht stellt sich in einem Jahr heraus, dass unsere Risikovorsorge zu hoch war. Dann wäre das eine gute Nachricht, denn sie würde bedeuten, dass die Pandemie uns weniger eingeschränkt hat als befürchtet.

Vielleicht werden wir aber auch nachsteuern müssen. Die Entwicklungen in Südafrika, in Dänemark, in Großbritannien und in anderen Ländern, die verheißen leider wenig Gutes.

Wir müssen aber auch Vorsorge treffen für Entwicklungen, die nicht pandemiebedingt sind.

Wir wissen nicht, wie viele Menschen im kommenden Jahr zu uns kommen werden, die Schutz suchen. Im November 2021 ist bei den Zugangszahlen im Vergleich zum Vormonat eine weitere spürbare Erhöhung zu verzeichnen (+ rd. 54,7 % bzw. 950 Personen).

Wir bekommen Nachrichten von verzweiferten afghanischen Familien aus Kabul. Sie werden von den Taliban mit dem Tode bedroht, weil sie unserer Bundeswehr geholfen haben.

Für diese Ortskräfte, für diese Menschen, haben wir Hilfe angeboten. Und da müssen wir vorbereitet sein, auch finanziell, weil wir zu unserer humanitären Verantwortung und zu unseren Zusagen stehen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Das Thema Geflüchtete betrifft auch unsere Städte und Gemeinden. Sie nehmen die Menschen auf. Sie arbeiten dafür, den Menschen unsere Werte zu vermitteln, ihnen die notwendigen Sprachkenntnisse zu vermitteln und sie bestmöglich in unsere Gesellschaft zu integrieren.

Deshalb unterstützen wir sie mit dem Pakt für Integration auch im kommenden Jahr. Wir machen das, weil unsere Kommunen, wie das Land selbst, mit gesunkenen Steuereinnahmen zu kämpfen haben.

Deswegen werden wir sie im Rahmen des Möglichen bei weiteren Aufgaben unterstützen - wir reden hier insgesamt von über 170 Millionen Euro zusätzlich. Wir unterstützen sie beim Ausbau der Ganztagsbetreuung in Grundschulen. Wir unterstützen sie beim Ausbau des Kita-Angebots.

Und wir unterstützen sie bei der Digitalisierung der Bürgerämter und der Rathäuser.

Die Verhandlungen darüber sind übrigens nicht immer ganz einfach gewesen. Aber ich bin dankbar, dass wir in einem Land leben, wo Kommunen und Landesregierung so gut zusammenarbeiten, denn die Herausforderungen kriegen wir nur gemeinsam gewuppt, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Profitieren werden die Menschen auch von unseren Investitionen in die Sicherheit des Landes. Von den zusätzlichen Stellen bei der Polizei und für die Justiz.

Profitieren werden die Schülerinnen und Schüler im Land. Von mehr Lehrerinnen und Lehrern an unseren Schulen.

Natürlich hätten wir hier gerne noch mehr gemacht. Aber die aktuelle Situation bietet da nur wenig Spielräume.

Uns war wichtig, neben den zusätzlichen Stellen zuerst Mittel für das Aufholen der Corona-bedingten Lernrückstände zu investieren.

Herr Stoch, Sie haben in der Debatte ja wie so oft: vor allem eines gefordert, nämlich mehr. Das ist ein Stück weit auch das übliche Geschäft der Opposition.

Und Sie können deshalb auch Luftschlösser bauen, aber als Finanzminister baut man lieber am soliden Fundament.

Der Bundeskanzler, damals noch Bundesfinanzminister, hat im August dieses Jahres dazu etwas Kluges gesagt, ich zitiere:

„Ich habe seit Beginn der Corona-Krise gefühlt dreimal pro Woche Nein gesagt.

Sonst hätten wir in dieser Zeit noch viel mehr Geld ausgegeben, die Ausgabenwünsche kannten kaum noch Grenzen.“

3 mal Nein pro Woche? ja, das kommt auch bei mir in etwa hin. Darauf bin ich nicht stolz, aber ich bin davon überzeugt, dass der Haushalt heute vor allem solide sein muss, damit er morgen und übermorgen ambitioniert sein kann. Das eine hängt mit dem anderen zusammen, ein Haushalt baut auf dem anderen auf.

Und wer glaubt, man könne eine Jahrhundertkrise finanzpolitisch stemmen und gleichzeitig auf anderen politischen Feldern im ganz großen Stil investieren, dem kann ich nur sagen: Das wäre zum Scheitern verurteilt, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Ein Risiko-Manager schirmt nicht nur gegen negative Risiken ab, sondern er sucht auch bewusst nach Chancen, nach den Möglichkeiten. Und deswegen steckt in diesem Haushalt trotz Pandemie auch jede Menge Aufbruch und jede Menge Zukunft drin.

Für das Land haben wir uns einen sehr ambitionierten Koalitionsvertrag beim Klimaschutz gegeben.

Und trotz der schwer kalkulierbaren Risiken der Pandemie stellen wir unserem Sofortprogramm Klimaschutz weitere Mittel zur Verfügung.

1. Wir investieren in den Ausbau der Erneuerbaren Energien.
2. Mit dem 365-Tage-Ticket ermöglichen wir jungen Menschen klimafreundliche Mobilität.
3. Wir fördern klimaneutrale Produktionstechniken und die Klimaforschung an unseren Hochschulen.

Damit stärken wir das, was unser Land ausmacht:

Starke und innovative Unternehmen und exzellente Hochschulen.

Umwelttechnik und klima- und Ressourcenfreundliche Produktion Made in Baden-Württemberg. Das ist schon heute eine Marke und diese Marke wollen wir weiter stärken.

Wir investieren in das Cyber Valley bei uns im Land.

Wir fördern Startups und stärken das InnoLab_bw.

Die jungen Unternehmen von heute sind der Mittelstand von morgen.

Mit unseren Investitionen sorgen wir dafür, dass sie sich weiterentwickeln können.

Und wenn es gut läuft, werden sie wie viele andere Unternehmen aus dem Land in Zukunft zur Weltspitze gehören.

Und lassen Sie mich noch ein ganz konkretes Beispiel nennen: Ich habe 2004 meinen Zivildienst am Deutschen Krebsforschungszentrum in Heidelberg in einem Forschungslabor gemacht.

Viele von Ihnen haben womöglich Angehörige im Familienkreis, die an Krebs erkrankt sind oder vielleicht dieser schlimmen Krankheit erlegen sind.

Der Sieg im Kampf gegen den Krebs, das ist quasi Kennedys Moonshot von heute. Ein gigantisches Ziel, aber medizinisch und technologisch machbar.

Und auch die Entwicklung von einem Corona-Impfstoff in nur 12 Monaten zeigt uns, wie wichtig eine innovative Gesundheitswirtschaft ist, nicht nur für die Wirtschaft, sondern für die gesamte Gesellschaft.

Unsere Ausgangslage dafür ist gut, mit Top-Wissenschaftlern und Top-Forschungseinrichtungen. Jetzt müssen wir aber noch erfolgreicher bei der Anwendung und beim Know-How-Transfer werden.

Und dafür braucht's das richtige Ökosystem von Wissenschaft und von Unternehmen.

Und mit dem Life Science Campus in der Rhein-Neckar-Region, setzen wir genau da an. Denn ich bin überzeugt, dass Baden-Württemberg hier weltweit ganz vorne mitspielen kann, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Zusammenfassend kann ich sagen:

dieser Haushalt ist ein solides Fundament für eine gute Entwicklung unseres Landes. Und an diesem soliden Fundament hat der Landtag maßgeblich mitgewirkt, durch die sehr intensiven Debatten und zahlreiche Änderungsanträge in den vergangenen Wochen.

Die vielen Änderungsanträge der Regierungsfractionen zu unserem Haushaltsentwurf wurden ja punktuell kritisiert. Ich teile diese Kritik ausdrücklich nicht.

Zwischen Regierungsentwurf und parlamentarischem Verfahren liegt traditionell die Steuerschätzung. Haushaltspolitik ist immer Politik nach Kassenlage. Die Regierung macht den Aufschlag, das Parlament steuert nach. Ich finde das eine gute Form der Zusammenarbeit, die die entscheidende Rolle des Parlaments unterstreicht.

Das Parlament ist die Herzkammer unserer Demokratie und der Haushalt ist sein Königsrecht.

Ich danke deshalb den Fraktionen, ihren Vorsitzenden, den finanzpolitischen Sprechern und dem Vorsitzenden des Finanzausschusses.

Ich bedanke mich vor allem auch für die gute Zusammenarbeit mit den Regierungsfractionen.

Ebenso den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Parlament, der Landtagsverwaltung und in den Ministerien, vor allem auch in meinem Haus.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, abschließend:

Wir verabschieden diesen Haushalt pünktlich zum Jahresende. Die Bayern, mit denen wir uns ja gerne vergleichen, sind für Ihren Haushalt 2022 erst Ende März soweit.

Wir liefern also inhaltlich mit diesem Haushalt ab. Und wir liefern auch pünktlich. Auch das ist nicht selbstverständlich, in einem Pandemiejahr, mit einem Nachtragshaushalt, einer Landtagswahl und einer Bundestagswahl. Allen die daran mitgewirkt haben, vielen Dank - und vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.